

interessanten Vortrages werden mit den neuesten Fortschritten auf diesem Gebiete bekannt gemacht. Es sei nur einiges hervorgehoben: Ausbreitung der Schallwellen, Abstrahlung tiefer Töne, Sichtbarmachung einer stehenden Luftwelle, Die Ätherwellen, Musik nach Theremin usw. Es sollte niemand fehlen.

Pulsitz. (Die Generalversammlung des Schützen-Jäger-Corps) findet Montag, den 18. Februar in der Diele des Schützenhauses statt.

Pulsitz. Der ärztliche Sonntagsdienst wird am Sonntag, den 17. Februar von Herrn Dr. med. Fuchs versehen.

Pulsitz. (Sungmännerverein.) Donnerstag, den 21. Februar in Herrnhaus, abends 8 Uhr Verein. Rollenbücher (Wunderläppchen) mitbringen.

— (Eingefrorene Aborte mit Viehsalz aufstauen!) Infolge der strengen Kälte sind verschiedentlich auch die Aborte eingefroren. Das Aufstauen darf nicht unter Zuhilfenahme von heißem Wasser erfolgen, vielmehr muß dazu Viehsalz verwendet werden. Wer in die eingefrorenen Röhre heißes Wasser gießt, richtet manchmal mehr Unheil an, als er ahnt. Die Röhre platzt dadurch in sehr vielen Fällen, und der entstehende Schaden ist mitunter recht bedeutend.

Ohorn. (Altenvereinigung.) Die Altenvereinigung für Wald- und Ködlerhäuser findet Freitag, den 22. Februar bei Frau Martha Schäfer statt. — (Sungfrauenverein.) Das Kreistreffen der Jungfrauenvereine ist mit Rücksicht auf die große Kälte auf Sonntag nach Ostern, den 7. April verschoben. Näheres wird später noch bekannt gegeben.

Großnaundorf. (Grippemeldung.) Wie anderwärts, so hat auch bei uns die Grippekrankheit bei Erwachsenen wie innerhalb der Schuljugend wie ein schleichen des Gift sich bisher gezeigt. Viele Kinder aller Schuljahre waren und sind auf längere oder kürzere Zeit vom Unterricht fern geblieben, sodaß der Schulunterricht auch angesichts der Erkrankung eines hiesigen Lehrers an derselben Krankheit nur mit einem Notplan aufrechterhalten werden konnte. Hoffen wir demnach, wie auch im Interesse der Gesundheit unserer Landeinwohnerschaft auf den Eintritt baldiger milderer Witterung.

Großnaundorf. (Werbeturnen betr.) Unter Hinweis auf das bereits angekündigte Bühnenschauturnen des Turnvereins D. T. zu Großnaundorf sei heute nochmals darauf hingewiesen, daß der Lunzische Saal am morgigen Sonntag durch intensive Heizung gut erwärmt sein wird. Es braucht darum niemand befürchten zu sein, etwa frieren zu müssen. Alle Vereinsmitglieder, einschl. des Lokalwirtes, haben zur Abwehr der Kälte in gutem Vorbedacht getan, was in ihren Kräften stand. Kommt darum und laßt euch nicht abhalten von der Kälte.

Radeberg. (Die Auto-Sonderverbindung nach Dresden) hat im allgemeinen großen Anklang beim Publikum gefunden und wird bis auf weiteres in der vorerwähnten Weise fortgesetzt. Nur der Wagen früh 5,55 Uhr ab Radeberg Rathaus wird fallengelassen, da er zu wenig benutzt worden war und offenbar ein Bedürfnis dafür nicht vorliegt. Dagegen soll abends noch ein Wagen eingelegt werden und zwar um 18,00 Uhr ab Radeberg Rathaus, an Dresden Hbf. 18,35 Uhr. — (Kälteferien.) Wie die Stadtbehörde mitteilt, fällt von heute Sonnabend bis mit Mittwoch der Unterricht in den Volksschulen einschl. der Schule Radeberg-Logdorf sowie im Realgymnasium mit Realschule infolge der starken Kälte und Mangels an Heizmaterial aus. Diese Maßnahme gilt auch für die Berufsschule.

Chemnitz. (Schließung von Schulen.) Infolge der schwierigen Heizstoffzufuhr werden in Kürze einige Schulen geschlossen werden müssen. Die Kohlennot in der Stadt wird immer größer. Es fehlt vor allem an Koks und Braunkohlen.

Meerane. (Wettbewerb für ein Heimatfestpalat.) Für das Heimatfest der Stadt Meerane, das im Juli 1930 stattfindet, war in Meerane und Dresdener Künstlern ein Wettbewerb für ein Heimatfestpalat ausgeschrieben worden, an dem sich 46 Graphiker und Maler beteiligten. Die Entscheidung über die Entwürfe wird bis Ende dieses Monats getroffen werden.

Grimma. (Kredite für Meliorationsunternehmungen.) Die Amtshauptmannschaft teilt mit: Vom Reiche werden zunächst bis zum Jahre 1931 jährlich Mittel zur Verbilligung des Zinsfußes neu aufzunehmender Meliorationsdarlehen bereitgestellt. Durch diese Maßnahme soll erreicht werden, daß der Zinsfuß einschließlich Verwaltungskostenzuschlag der Bankinstitute für den Darlehensnehmer auf 4,5 Prozent des ausgezahlten Darlehensbetrages gesenkt wird. Die Verbilligung soll für die Dauer von fünf Jahren eintreten. Dies gilt zurzeit allerdings nur für Beträge, die bis zum 1. Oktober 1929 tatsächlich verbaut worden. Die Zinsverbilligung soll gewährt werden für Auslandskredite, Zwischenkredite und Inlandskredite. Die Auslands- und Zwischenkredite vermittelte die Deutsche Bodenkultur-V. G. in Berlin. Die Zinsverbilligung der Inlandskredite soll gewährt werden, auch wenn sie bei einem beliebigen andern Kreditinstitut ausgenommen werden. Näheres über die einzelnen Bedingungen und über die Durchführung des Verfahrens ist bei der Amtshauptmannschaft zu erfahren.

Plauen i. Vogt. (Gefällter Schiedsspruch.) Der Schlichtungsausschuß Plauen hat in der Stickerei- und Konfektionsindustrie einen Schiedsspruch gefällt, nach dem der bisher gültige Lohnstarif bis zum 31. Oktober 1929 verlängert wird. Die Löhne in der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg sollen den übrigen Löhnen gleichgestellt werden. Ferner ist eine Erhöhung der Löhne für Drucker und Stopfer, Aufpasserinnen und Fädlerinnen im automatischen Betrieb sowie für Plätterinnen vorgeschlagen worden. Bezüglich der Löhne der Zeichner sollen die Parteien in Verhandlungen eintreten. Die Frist zur Erklärung über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches läuft bis zum Montag, den 18. Februar.

Die deutsche Zahlungsbilanz vor der Reparationskonferenz.

Anerkennung der Ausführungen Schachts. Paris. Die Pariser Reparationskonferenz ist am Donnerstag in die Beratung der deutschen Zahlungsbilanz eingetreten. Die Vormittagsführung war zum großen Teil ausgefüllt mit einer Erklärung des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, die sich im wesentlichen auf die bekannten Ziffern der deutschen Zahlungsbilanz und des letzten Reichsbankberichts stützte. Die Ziffern der deutschen Statistik wurden übrigens von keiner Seite bestritten oder in Zweifel gezogen. Selbstverständlich wurde hin und wieder geltend gemacht, daß man durch verschiedene Berechnungsmethoden auch zu verschiedenen Ergebnissen kommen könne. Im allgemeinen jedoch besteht der Eindruck, daß die Ausführungen Dr. Schachts von der gesamten Konferenz als objektiv und zuverlässig anerkannt worden sind.

Melchior und Kasl sekundieren Dr. Schacht. Auf der Sitzung der Sachverständigen hielt in der Hauptsache einen Vortrag der deutsche Sachverständige Melchior über die deutsche Zahlungsbilanz und die damit zusammenhängenden Fragen. Von einer Vertiefung in die einzelnen Fragen ist trotz der umfangreichen Ausführungen noch nicht die Rede. Aus den Sitzungen der ersten Tage sei noch eine Reihe von Einzelheiten, die eines allgemeinen Interesses nicht entbehren dürften, nachgetragen. Mit aller Bestimmtheit kann festgestellt werden, daß über die Frage der Rheinlandräumung bisher nicht gesprochen worden ist. Die Frage, wer als Urheber der Konferenz zu betrachten sei, ist in der Erörterung gestreift worden. Es herrscht Uebereinstimmung darüber, daß kein einzelner Staat als Urheber angesehen werden kann, daß vielmehr alle interessierten Staaten die Konferenz wünschten und sich dahin einig waren, daß sie in möglichst schneller Zeit zusammenzutreten müsse. Auch die Reichsregierung vertritt die Auffassung, daß der Versailler Friedensvertrag eine Zahlungsdauer von 60 oder mehr Jahren nicht vorsieht, daß dagegen

der Dawesplan von Zahlungen von einer Zeitspanne von 37 Jahren rebet, die am 1. September 1928 zu beginnen hätten. Die Frage, in welchem Umfang Deutschland zahlen kann, ist nur ganz oberflächlich gestreift worden, ohne daß hierzu eine maßgebende Erklärung von deutscher Seite erfolgte. Abschließend sei erwähnt, daß Geheimrat Kasl in der Mittwochsitzung über produktive und unproduktive Ausgaben des deutschen Staatshaushalts sprach.

Das Recht ist auf deutscher Seite. Paris. Bei seinen Ausführungen über die deutsche Zahlungsbilanz und die Belastung der deutschen Wirtschaft infolge des Dawes-Planes und der Verzinsung und Amortisierung der umfangreichen amerikanischen Kredite hat Dr. Schacht geltend gemacht, daß für eine Ausdehnung der Reparationslasten bis zum Jahre 1987 keinerlei Rechtsgrundlage vorhanden sei. Auch der Einwand, daß wir mit der Verzinsung und

Königstein. (Vom Schnellzug übersfahren und getötet.) Am Donnerstag mittag wurde der 27-jährige Eisenbahnarbeiter Max Winkler aus Papsdorf auf Bahnhof Königstein in dem Augenblick, als er hinter einem stehenden Güterzug die Gleise überschreiten wollte, vom Mittags Schnellzug Bodenbach—Dresden erfasst und zermalmt.

Tagungen in Sachsen

Tagung des Reichsausschusses des Bundes deutscher Mietervereine. Am Sonnabend, den 16. Februar, tritt in Dresden der Reichsausschuß des Bundes deutscher Mietervereine e. V., Sitz Dresden, zu einer Beratung zusammen, um zu der Miets- und Wohnrechts- sowie zur Steuerfrage Stellung zu nehmen. Vertreter aus allen Teilen des Reiches werden daran teilnehmen.

Parteitag der S. P. D. Ostsachsen. Der Bezirksparteitag der S. P. D. Ostsachsen findet am 23. und 24. Februar in Dresden statt. Reichstagsabgeordneter Graf wird über das Wehrproblem, Landtagsabgeordneter Geel über die Tätigkeit des Bezirkes Ostsachsen im Jahre 1928 und Stadtverordnetenvorsteher Delitzsch über den bevorstehenden Gemeindevahlkampf sprechen.

Jahreskongreß der Deutschen Liga für Menschenrechte. Die Deutsche Liga für Menschenrechte hält am 17. Februar 1929 in Leipzig ihren Jahreskongreß ab. Im Rahmen dieser Tagung wird im Hotel Sachsenhof 15.15 Uhr das Thema Menschenrechte und Menschenökonomie" öffentlich behandelt. Referenten sind: Rudolf Goldscheid, Wien, und Dr. Robert Kuczynski, Berlin.

Konkurse im Januar.

Im Monat Januar sind 146 Anträge auf Konkurs-eröffnung gestellt worden. Von diesen entfallen 65 auf die Großstädte Chemnitz, Dresden, Leipzig, Plauen und Zwickau. 100 Anträgen ist stattgegeben worden, während 46 mangels Masse abgelehnt sind. Von den neuen Konkursen betrafen 7 natürliche Personen und 24 Einzelfirmen, 21 Gesellschaften (darunter 8 offene Handelsgesellschaften und 11 Gesellschaften m. b. H.), 66 nicht eingetragene Erwerbsunternehmungen, 27 Nachlässe und einer andere Gemeinshuldner. 36 entfielen auf die Industrie, 46 auf den Warenhandel (davon 12 Großhandel), 30 auf sonstige Gewerbe (Sandwerk, Gastwirtschaftsgewerbe usw.).

Neben den Konkursen sind noch 39 gerichtliche Vermögensverfahrungen zur Abwendung des Konkurses eröffnet worden. Davon betrafen 3 natürliche Personen und 18 Einzelfirmen, 9 Gesellschaften (darunter 5 offene Handelsgesellschaften) und 9 eingetragene Erwerbsunternehmungen, 14 entfielen auf die Industrie, 17 auf den Warenhandel (davon 9 Großhandel) und 5 auf sonstige Gewerbe.

Von den insgesamt beteiligten 148 Unternehmungen waren 90 (= 60,8 Prozent) erst nach dem Kriege entstanden gegen 5 (= 3,4 Prozent) aus der Kriegszeit und 53 (= 35,8 Prozent) aus der Vorkriegszeit stammenden.

amortisierung der Industrie- und Eisenbahnbonds noch gar nicht begonnen hätten, da die Bonds ja nicht maßgebend seien, sei unhaltbar. Aus dem klaren Wortlaut des Dawes-Planes gehe hervor, daß wir bereits am 1. September 1928 mit der Verzinsung und Amortisierung begonnen haben. Sie bilde einen Teil der vollen Jahresannuitäten.

Die Not der Landwirtschaft vor der Tributkonferenz.

Produktive oder unproduktive Verwendung der erhaltenen Kredite?

Paris. Am Freitag ist die Aussprache über die Wirkung der ausländischen Kredite auf die deutsche Wirtschaft und auf die Zahlungsbilanz fortgesetzt worden. Wiederum war es der Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der in einer ausführlichen, mit gründlichem Material belegten Rede die Diskussion einleitete.

Die Amerikaner sind der Meinung, daß die ausländischen Kredite durchweg zu produktiven Zwecken verwendet werden, die deutsche Erzeugung steigern, und zwar in einem Maße, das die Verzinsung und Amortisation jener Kredite bei weitem übersteigt, so daß dadurch die Bezahlung von Reparationen aus Wirtschaftsoberflüssen erleichtert wird.

Deutscherseits dagegen glaubt man, daß der Herannah von Auslandskrediten eine Grenze gesetzt ist, die bald erreicht sein wird und über die hinaus eine Verschuldung nur als übermäßige Belastung die Rentabilität der deutschen Wirtschaft in Frage stellt. Auch wird unsererseits bestritten, daß die Kredite in dem Umfange, wie es die anderen voraussetzen scheinen, wirklich produktiv verwertet werden, vielmehr

fast die gesamte Reparation und der größte Teil des Zinsendienstes für die ausländischen Schulden aus diesen Krediten bestritten worden.

Die Herren Moreau, Birelli und Stamp griffen durch sachliche und theoretische Fragen in die Debatte ein. Die deutschen Delegierten waren in der Lage, auf alle diese Fragen eine prompte Antwort zu geben. Besonders interessiert schienen die ausländischen Delegierten für die Not der deutschen Landwirtschaft. Man fragte nach der Höhe ihrer Verschuldung und der Verwertung der Landwirtschaft gewährten Kredite. Diese betragen nach Ausführungen der deutschen Sachverständigen etwa 7½ Milliarden Mark. Nur 1½ Milliarden sind davon für neue Investitionen verwendet worden.

Reparationsregelung und Liquidationen.

Ueber das Schicksal des deutschen Privateigentums in England und Kolonien erfährt man Näheres aus dem neuen amtlichen Bericht des Londoner „Controller of the Clearing Office“. Danach sind bei den Verkäufen des deutschen Eigentums im Britischen Reich (ohne Dominions) bis 1928 53,5 Millionen Pfund Sterling (1,07 Milliarden Mark) eingelöst worden. Weitere beträchtliche Vermögensmassen sind zwar beschlagnahmt, aber noch nicht in Geld umgewandelt. Den Rest, der nach Erledigung dieses Abrechnungsverfahrens noch übrig bleibt, will England nicht zurück-erhalten, während Frankreich schon 1926 hierfür die Freigabe zugesagt hat.

Die Krankheit des parlamentarischen Systems.

Der Zentrumsabgeordnete im Reichstag Dr. Birtz, der ehemalige Reichstanzler, hat soeben in seiner Zeitschrift „Deutsche Republik“, die er zusammen mit dem demokratischen Reichstagsabgeordneten Haas und dem Reichstagspräsidenten Löbe (Soz.) als Organ der von ihm begründeten „Republikanischen Union“ gründete, einen aufsehenerregenden Aufsatz erscheinen lassen, in dem er erklärt, man könne es verstehen, wenn manche das politisch-parlamentarische System als krank und todmüde bezeichnen. Wörtlich schreibt Dr. Birtz:

„Es kann wirklich nicht so weitergehen, wie in den letzten Tagen, sonst endet die zehnjährige Entwicklung der Demokratie in Deutschland genau so, wie der Liberalismus in Italien abgetreten ist. Der ganze Spieß der letzten Woche ist der Vorbote des Faschismus... Ob ein Donnerwetter, das in diese vergiftete Atmosphäre hineinschlägt, noch ausreichend wirken kann, ist schon zweifelhaft geworden.“

Dieses scharfe Urteil über den Parlamentarismus hat in den Kreisen, die Dr. Birtz nahestehen und die in der „Republikanischen Union“ vereinigt sind, als Warnung große Beachtung gefunden. Man vermerkt es besonders, daß die Wahl des Zeitpunktes für einen solchen Artikel auffällig sei, weil nämlich der Artikel in der Zeit geschrieben ist, als das Zentrum aus der Reichsregierung ausgestiegen ist. Man fürchtet, in dem Artikel Dr. Birtz eine Ankündigung für das Ende der „Republikanischen Union“ erblicken zu müssen.

Amerika gegen deutsche Einwanderung

Es sollen mehr Engländer zugelassen werden.

Der Einwanderungsausschuß des amerikanischen Senats beendete die öffentlichen Vernehmungen über Senator Ryes Antrag, das Inkrafttreten der Ursprungs-Klausel um ein weiteres Jahr zu verschieben. Gegen die Beibehaltung des gegenwärtigen deutschen Anteils sprachen Senator Reed von Pennsylvania sowie zahlreiche Vertreter der sogenannten patriotischen Gesellschaften, die erklärten, das seit 1790 in den Vereinigten Staaten ansässig gewesene

britische Element müsse bevorzugt und der angelsächsische Charakter des Landes gewahrt werden.

Auch habe Amerika im Weltkrieg schlechte Erfahrungen mit den Wehrpflichtigen deutscher Abstammung gemacht, von denen über die Hälfte am Kampf nicht teilgenommen habe. Das Mitglied des Repräsentantenhauses Mc. Cormick wandte sich mit Entschiedenheit gegen diese Behauptung, die den Tatsachen widerspricht.

Die Abstimmung ergab 4 Stimmen für und 7 Stimmen gegen einen Aufschub, so daß der Antrag im Senat abgelehnt ist und

vom 1. Juli ab die Deutsche Einwanderung von 51 227 auf 24 908 jährlich herabgesetzt,

der britische Anteil dagegen auf 65 894 erhöht wird. Nach der Bestimmung des Einwanderungsgesetzes muß der Präsident die neuen Quoten vor dem 1. April prokla-